

Dokument über die Rolle des EGB während des nächsten Mandats 2015-2019

Vorwort

Das vorliegende Papier will Prioritäten festlegen und Aktionsvorschläge unterbreiten, um die Rolle des EGB neu zu definieren und zu stärken. Es wird auf dem letzten Podiumsbeitrag des Kongresses zur Diskussion gestellt, der sich mit dem „EGB der Zukunft“ befasst. Nach Beendigung der Podiumsdiskussion wird das Papier dem Kongress zur Zustimmung vorgelegt.

Auf der Grundlage dieses Papiers wird im Anschluss an den Kongress ein konkreter Aktionsplan vom Exekutivausschuss erörtert und angenommen. Der Exekutivausschuss wird ebenfalls alle im Zusammenhang mit dem Aktionsplan erforderlichen Entschlüsse annehmen. Im Rahmen einer für 2016 geplanten Frühjahrsakademie sollen weitere Maßnahmen für die Umsetzung und besonders eventuell erforderliche Änderungen der EGB-Satzung und/oder die Annahme einer internen Regelung für die Durchsetzung des Aktionsplans erörtert werden.

Der Exekutivausschuss wird darüber entscheiden, ob gegebenenfalls eine besondere Adhoc-Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die sich mit diesen möglichen Satzungsänderungen und/oder internen Regelungen befasst. Diese werden dann auf der Halbzeitkonferenz im Hinblick auf den EGB-Kongress 2019 vorgelegt.

Das vorliegende Papier befasst sich in erster Linie mit Themen zur Rolle des EGB und mit den möglichen Anfechtungen dieser Rolle. Einige bereits im Aktionsprogramm und im Manifest des EGB festgelegte politische Prioritäten werden kurz zusammengefasst, sofern sie Auswirkungen auf die Rolle des EGB haben.

Ein erneuerter EGB für ein besseres Europa

Während des laufenden Mandats und seit Beginn der Wirtschaftskrise sieht sich der EGB zunehmend mit Problemen in folgenden Bereichen konfrontiert:

- a) Einflussnahme auf die Politik der EU und die Politik einzelner Staaten besonders als Gegengewicht gegen die verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung;
- b) Stärkung und Schutz des sozialen Dialogs, der Arbeitnehmerbeteiligung und der industriellen Arbeitsbeziehungen, vor der Austeritätspolitik und vor neoliberalen Interventionen;
und
- c) Festlegung gemeinsamer interner Prioritäten und Aktionen im Hinblick auf zunehmende Divergenzen in den einzelnen Ländern.

Die wichtigsten Herausforderungen und Fragestellungen für das nächste Mandat lauten: Wie können die Rolle und die Ergebnisse des EGB verbessert werden? Wie kann die europäische Gewerkschaftsbewegung mit neuem Leben erfüllt werden? Wie können wir stärker in die Offensive gehen? Wie können wir konkrete Ergebnisse für die Beschäftigten erzielen?

Prioritäten müssen gesetzt werden und kurz- und langfristig den Interessen der Arbeitnehmer entsprechen und dies unter Berücksichtigung des *Mehrwertes* auf europäischer Ebene und der vorhandenen Ressourcen. Damit die Aktionen des EGB effektiver und sichtbarer werden, müssen wir die Erwartungen unserer Mitglieder berücksichtigen und kommunizieren, dass ein anderes Europa möglich ist und wir dazu einen Beitrag leisten können. Anstatt in erster Linie nur auf die

Initiativen der Institutionen zu reagieren (wobei dies gleichwohl ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit bleibt), sollte der EGB seine eigene Prioritäts- und Aktionsagenda verfolgen.

Drei Prioritäten für einen erneuerten EGB

Das Manifest und das Aktionsprogramm für den Kongress in Paris setzen die zukünftigen Prioritäten und Selbstverpflichtungen des EGB fest. Damit sind Herausforderungen verbunden, die eine Änderung der Arbeitsweise des EGB erfordern.

Wirtschaftliche Erholung und Einflussnahme des EGB auf die wirtschaftspolitische Steuerung

Unsere erste Priorität sind der wirtschaftliche Aufschwung und die Schaffung guter Arbeit. Die Tragödie der Arbeitslosigkeit und Armut in Europa bedarf einer entschlosseneren öffentlichen Politik, und der Zugang zu guter Arbeit muss ein Recht für alle Menschen sein. Um die Wirtschaft wiederzubeleben, werden eine Beendigung der Austeritätspolitik und eine signifikante Änderung der derzeitigen makroökonomischen Politik erforderlich. Investitionen, Industriepolitik, nachhaltige Entwicklung, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, allgemeine und berufliche Bildung, Innovation und Forschung, stärkere industrielle Beziehungen, demokratische Mitsprache im Arbeitsleben und Lohnerhöhungen zur Unterstützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind die Grundpfeiler der EGB-Strategie.

Der EGB muss seine Maßnahmen und Kampagnen für den wirtschaftlichen Aufschwung und für Investitionen verstärken. Wir müssen die umfassende und regelmäßige Beteiligung der Gewerkschaften an konkreten Verhandlungen über Investitionspläne und die makroökonomische Politik fordern und dies im Auge behalten und zwar in allen Ländern und Sektoren bei umfassender Koordinierung auf europäischer Ebene.

In den vergangenen Jahren wurden alle wichtigen und meistens negativen Entscheidungen mit Auswirkungen auf das Leben der ArbeitnehmerInnen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Austeritätspolitik getroffen. Der EGB möchte hier eine grundlegende Wende. Aus diesem Grund muss er diesen Prozess beeinflussen, Verhandlungsspielräume finden und sich laut und deutlich zu Wort melden.

Eine adäquate Beteiligung der Gewerkschaften am Prozess des Europäischen Semesters muss sichergestellt werden. Strukturreformen sind zu verhandeln und gegebenenfalls abzulehnen. Erfolg werden wir nur erzielen, wenn wir uns besser koordinieren. Neue interne, freiwillige Methoden der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches sollten erkundet werden, dazu gehört zum Beispiel auch das vor kurzem erstellte Instrument für die Koordinierung von Tarifverhandlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung. Der EGB sollte seine Mitglieder bei Bedarf unterstützen, wenn es um den tripartiten Dialog auf nationaler Ebene geht.

Industrielle Beziehungen und sozialer Dialog

Sozialer Dialog, industrielle Arbeitsbeziehungen und Arbeitnehmerbeteiligung wurden ausgehebelt. Es ist unsere Aufgabe, ihnen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen und der Erwerbsbevölkerung Vorrang zu geben. Lohnerhöhungen mit Hilfe starker Tarifverhandlungsstrukturen mit hoher Reichweite, höhere gesetzliche Mindestlöhne, wo sie vorhanden sind, und bessere Arbeitsbedingungen für alle: Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine überzeugende europäische

Strategie zur Wiederherstellung der industriellen Beziehungen. Nur dann können wir in Zukunft gewerkschaftliche Macht erhalten und verstärken.

Wir müssen neue Wege gehen, um die Rolle des europäischen sozialen Dialogs zu stärken. Wir müssen ebenfalls nach neuen Möglichkeiten für eine bessere Koordinierung der Tarifverhandlungen und der Lohnfindung durch Festsetzung gemeinsamer Ziele und Standards suchen. In gleicher Weise müssen wir uns flexibler Praktiken bedienen, um unterschiedlichen nationalen und sektoralen Gegebenheiten gerecht zu werden und um nationale bewährte Praktiken und Traditionen zu erhalten und zu verbreiten.

Die Präsenz und die Aktionen von Gewerkschaften in multinationalen Unternehmen und ihren Logistikketten sollten besonders auf dem Wege transnationaler Verhandlungen verstärkt werden. Diese Aufgabe muss von den EGV und den nationalen Gewerkschaften übernommen und vom EGB koordiniert werden. Die Rolle der EBR muss anerkannt und gestärkt werden, wobei gleichzeitig ihre bessere Integration in das Gewerkschaftsleben angezeigt ist.

Wir müssen die Möglichkeit europäischer Rahmen¹ und gezielter Initiativen erkunden, um demokratischere und gerechtere industrielle Beziehungen und einen effektiveren Sozialdialog zu unterstützen. Vor allem müssen wir gründlichere interne Diskussionen führen und dabei auch die EGB-Mitglieder einbeziehen. Um die enormen Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen der europäische soziale Dialog zurzeit konfrontiert ist. Das gilt in gleicher Weise für die Probleme, die Gewerkschaften bei der Entwicklung eines Sozialdialogs bewältigen müssen, der Ergebnisse auf nationaler und sektoraler Ebene liefern soll. Eine stärkere Mitwirkung der sektoralen Gewerkschaftsorganisationen ist dazu erforderlich.

Das europäische Sozialmodell und die Arbeitnehmerrechte

Bestandteil des europäischen Sozialmodells sind alle Aspekte bei den Themen Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Sozialschutz, gleiche Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, Arbeitsrecht und Arbeitsregulierung, Geschlechtergleichstellung, Nichtdiskriminierung, faire Mobilität und Migration, qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten, allgemeiner und beruflicher Bildung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz usw. Dieses Modell wird zwar in den Mitgliedsländern unterschiedlich ausgestaltet, allgemein gilt jedoch, dass es in den meisten Ländern durch Strukturreformen, Kürzungen sowie Privatisierungs- und Deregulierungsprozesse nach Vorgabe einer neoliberalen Ideologie unterminiert wurde; dies trifft besonders dann zu, wenn diese Maßnahmen nicht mit den Gewerkschaften verhandelt wurden. Dieses Sozialmodell sollte als zusätzlicher Wettbewerbsvorteil erkannt werden.

Mit seinem europäischen Sozialpakt und dem Protokoll für den sozialen Fortschritt hat der EGB umfassende Initiativen für die Stärkung und Erneuerung des europäischen Sozialmodells auf den Weg gebracht und auf den Grundsatz verwiesen, dass grundlegende soziale Rechte niemals hinter wirtschaftlicher Freiheit zurückstehen dürfen, und dass der soziale Fortschritt in allen Ländern die Leitidee sein muss. Der Kampf gegen Sozialdumping, Armut und soziale Ausgrenzung, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte sowie der soziale Fortschritt und der soziale Zusammenhalt sind fundamentale Ziele des EGB.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir auf die transnationale und grenzüberschreitende Dimension sozialer Rechte achten. Gegen Strukturreformen

¹ Interne Diskussionen über die Ausgestaltung solcher Rahmen (rechtlich, optional, freiwillig usw.) zur Unterstützung und Förderung von Tarifverhandlungen, Mindestlöhnen und Sozialdialog sind noch nicht abgeschlossen und sollten während und nach dem Kongress weiter entwickelt werden.

und Deregulierungsmaßnahmen müssen wir durch eine intensivere Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf allen Ebenen vorgehen; auf europäischer Ebene festgelegte Sozialstandards sind zu berücksichtigen; und der EGB sollte in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern dazu besondere Initiativen auf den Weg bringen. Besonderes aufmerksam sollten wir neue Initiativen wie bessere Rechtsetzung, REFIT und die laufenden TTIP-Verhandlungen in Angriff nehmen.

Wie wir die Rolle und Funktion des EGB erweitern können

Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir einen stärkeren und erneuerten EGB, der für alle seine Mitgliedsorganisationen einen Mehrwert bietet. Dies sollte auf der Grundlage stärkerer gegenseitiger Verpflichtungen des EGB und seiner Mitglieder erfolgen. Unsere innere Einheit sollte auf einer stärkeren Zusammenarbeit, Koordinierung und Solidarität beruhen.

Wir müssen untereinander zu einer fortschrittlichen Kompromissfindung in der Lage sein, anstatt uns auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Wir müssen deshalb flexible Strategien und Vorschläge umsetzen, die die unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Ländern und die unterschiedliche Interessenslage unserer Mitglieder in vollem Umfang berücksichtigen. Eine spezifische und stärkere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften aus Ländern mit vergleichbaren Problemen sollte genauso erwogen werden wie eine weitere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Sektorebene, ohne Beeinträchtigung der Interessen und Traditionen anderer sowie der Einigkeit im EGB.

Dies betrifft die Eurozone, in der wir eine stärkere Zusammenarbeit anstreben sollten. Diese könnte dann auch für die anderen europäischen Länder Vorbild sein, in denen die wirtschaftspolitische Steuerung und/oder die Währungspolitik Auswirkungen zum Beispiel auf den Arbeitsmarkt haben.

Wir brauchen umfassende Bündnisse, die unseren Aktionen Nachdruck verleihen und in denen relevante Akteure unsere Politik vermitteln. Das Gleichgewicht der Kräfte und der Einflussnahme der EU-Institutionen und der nationalen Regierungen ist in Bewegung geraten, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint die Initiative bei den einzelnen Staaten zu liegen. Gleichzeitig will das Paket für eine bessere Rechtsetzung diese Balance durch Einflussnahme auf die Rechtssetzungsverfahren und die Rolle der Sozialpartner verschieben. Wir müssen deshalb überlegen, wie wir unsere europäische Gewerkschaftsmacht ausbauen, um Einfluss auf diese Entwicklung zu nehmen. Unsere Mitglieder stehen einer Reihe unterschiedlicher politischer Parteien nahe oder haben keine parteipolitische Bindung, womit der EGB über eine besondere Unabhängigkeit verfügt. Diese Unabhängigkeit sollte uns aber nicht davon abhalten, mit PolitikerInnen aus dem gesamten akzeptablen politischen Spektrum zusammenzuarbeiten. Der EGB kann aus dieser Position heraus einen Beitrag leisten, um das Fundament für einen neuen politischen Konsens im Interesse der ArbeitnehmerInnen zu legen.

Der EGB sollte seine Einflussmöglichkeiten gegenüber der Europäischen Kommission, dem Ratsvorsitz und besonders dem Europäischen Parlament (nicht zuletzt durch die interfraktionelle Arbeitsgruppe "Gewerkschaften") stärken, damit die europäische Gewerkschaftsbewegung wieder über die erforderlichen Mechanismen der Einflussnahme verfügt. Ein Mitglied des EGB-Sekretariats wird für die Beziehungen zum Europäischen Parlament, zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Rat zuständig sein.

Die Zusammenarbeit mit dem EWSA und besonders der Arbeitnehmergruppe sollte gefördert werden, da dies für beide Seiten vorteilhaft im Hinblick auf wichtige Themen von gemeinsamem Interesse ist und der Lobbyarbeit gegenüber den EU-Institutionen mehr Nachdruck verleiht. Dieses Ziel kann durch regelmäßige Treffen

und gemeinsame Aktionen umgesetzt werden. Ein Mitglied des EGB-Sekretariats wird diese Aufgabe übernehmen.

Der EGB sollte Maßnahmen zur Unterstützung von Gewerkschaften in Ländern ergreifen, die von den Interventionen der Troika betroffen sind. Unsere besondere Aufmerksamkeit sollte hier Mittel- und Osteuropa und den baltischen Staaten, aber auch dem Balkan und den EU-Erweiterungsgebieten gelten, um Lohnerhöhungen, Sozialschutz und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Solidarität und der Austausch von bewährten Praktiken sind von fundamentaler Bedeutung.

Dies gilt ebenfalls für den Themenbereich Jugend, für Sektoren mit einem hohen Anteil an prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen, für Gleichstellung und für besondere Kategorien von ArbeitnehmerInnen, für die sich der EGB mit gezielten Maßnahmen stärker einsetzen sollte. Darüber hinaus sollte der EGB sich mit neu entstandenen Prioritäten in neuen Bereichen der EU-Politik befassen, dazu gehören die digitale Wirtschaft, die Energiegemeinschaft, eine nachhaltige und innovative Industriepolitik oder die Steuerkoordinierung (besonders Aktionen für Steuergerechtigkeit und Steuerverteilung sowie gegen unlauteren Steuerwettbewerb und Steuerflucht). Dies erfordert gründliche Gespräche zwischen dem EGB und seinen nationalen und sektoralen Mitgliedern.

In Europa gibt es mehr als 90 Millionen RentnerInnen und ältere Menschen, und der demographische Wandel, die Nachhaltigkeit der Renten- und Gesundheitssysteme sowie die Rechte, Kaufkraft und Rolle der RentnerInnen in der europäischen Gesellschaft gewinnen täglich an Bedeutung. Die Solidarität zwischen den Generationen und das aktive Altern sind Themen, die immer relevanter werden. Der EGB sollte deshalb seine einschlägigen Strategien in diesen Bereichen stärken und die Rolle der FERPA innerhalb des EGB zur Diskussion stellen.

Alle Mitglieder müssen an den politischen Maßnahmen und Aktionen des EGB beteiligt werden - große wie kleine Gewerkschaften, alle Europäischen Gewerkschaftsverbände sowie die Netzwerke und Institute der Gewerkschaften. Der EGB muss nationale und sektorale Initiativen unterstützen, wenn Mitgliedsorganisationen dazu auffordern. Das EGB-Sekretariat sollte nationalen und sektoralen Gewerkschaften vor Ort zur Seite stehen, wenn dies gewünscht wird und möglich ist. Auch eine verstärkte internationale Koordination zwischen dem EGB und den europäischen Gewerkschaftsverbänden ist erforderlich.

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften aus Nachbarländern, die ähnliche Probleme haben wie die europäischen und die EU-Länder, sollte intensiviert werden. Die Rolle des EGB innerhalb des PERC muss - wie auch die politische und aktive Rolle des PERC - gestärkt werden, indem anstelle des Austausches von Informationen und bewährten Praktiken konkrete Aktionen in Bereichen von gemeinsamem Interesse erfolgen, z.B. Migration oder Dumpingpraktiken. Der EGB sollte seine Beziehungen zu IGB, TUAC, IAO und anderen internationalen Institutionen und Netzwerken verbessern, um seine internationale Rolle zu stärken.

Unsere besondere Aufmerksamkeit sollten wir auf Sozialdumping und Ausbeutung im Kontext von Migration, Mobilität und Freizügigkeit von Dienstleistungen sowie auf Hindernisse für die Freizügigkeit von Arbeitskräften lenken. Dazu sind sowohl eine besondere Koordinierung der Gewerkschaften und die Entwicklung spezieller Instrumente zur Bewältigung dieser Probleme in Erwägung zu ziehen. Grenzüberschreitende und transnationale Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften, um MigrantInnen und mobile Arbeitskräfte zu unterstützen und für Gewerkschaften zu gewinnen, sollten vom EGB gefördert und begleitet werden.

Gewerkschaftliches Wachstum und ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad müssen zu einer politischen Priorität werden. Eine starke Mitgliederbasis ist die Voraussetzung für eine mächtige und repräsentative Gewerkschaftsbewegung. Aus diesem Grund müssen wir mehr Mitglieder gewinnen und die Reichweite unserer Tarifverhandlungen erweitern, um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben. Der EGB kann hier eingebunden werden, indem er eine Plattform für den Austausch und die Koordination nationaler Organisierungs- und Mitgliedschaftskampagnen zur Verfügung stellt. Darüber hinaus sollte er die Anfragen und Initiativen von Mitgliedern in diesem Bereich unterstützen und bewährte und innovative Praktiken verbreiten. Dazu sollten besondere Sitzungen und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe gewerkschaftliche Organisation erwogen werden. Die Gewerkschaftsbewegung muss für alle ArbeitnehmerInnen attraktiver werden. Junge und weibliche Arbeitskräfte, Menschen in prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen, nicht angemeldete ArbeitnehmerInnen und ArbeitsmigrantInnen sollten als besondere Zielgruppen gesehen werden, die besser geschützt werden müssen und ein Potenzial für die Mitgliederwerbung darstellen. Dies gilt ebenso für neue Berufe und fachlich hochqualifizierte Arbeitskräfte.

Der EGB sollte nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch ArbeitnehmerInnen insgesamt durch zielgerichtete diverse Kommunikationsformen und Kampagnen ansprechen. Die Gewerkschaftsbasis sollte besser über den EGB und seine Aktionen informiert werden, was aktuell kaum der Fall ist. Dabei ist die Sprachbarriere zu berücksichtigen und so weit wie möglich zu verringern und gleichzeitig müssen unsere Kernaussagen nachdrücklicher und verständlicher formuliert werden. In der heutigen Welt der digitalen und sozialen Medien muss der EGB die Möglichkeiten besser nutzen, die sich daraus für die Ansprache unserer Mitglieder und potenzieller, besonders junger Mitglieder eröffnen. Der EGB sollte in seiner Kommunikationsstrategie und auf seiner Website nationale und sektorale Kampagnen und Aktionen publik machen, und die Mitglieder sollten in gleicher Weise verfahren, wenn es um Kernaussagen und Initiativen des EGB geht. Die aktuelle Funktion der EGB-Arbeitsgruppe Kommunikation und/oder die Einsetzung einer speziellen Task Force für Kommunikation und Kampagnen wird zur Diskussion gestellt.

Eine neue Kommunikations- und Mobilisierungsstrategie sollte eine Vielzahl an Optionen und Methoden in Betracht ziehen, aber auch die unterschiedlichen Identitäten unterschiedlicher Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern ansprechen und reflektieren. In diesem Kontext können Demonstrationen eine wichtige und identitätsstiftende Rolle spielen und einen starken Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung fördern. Sie müssen jedoch zielgenauer auf die speziellen Anforderungen und Initiativen unserer Mitglieder abgestimmt und darin verankert werden. In erster Linie sollen sie konkrete Verhandlungen und Forderungen unterstützen. Die Unterstützung des EGB für nationale Aktionen sowie gleichzeitige Demonstrationen in einer Reihe von Ländern im Zusammenhang mit Forderungen auf europäischer Ebene sind eine bewährte Praktik, die es auszubauen gilt.

Der EGB sollte die Arbeitsweise seiner satzungsmäßigen Gremien überdenken, damit sie effektiver arbeiten und die GewerkschaftsführerInnen besser in die Abläufe beim EGB involviert werden:

- a) Der Exekutivausschuss sollte ein strategisches Gremium sein. Die Diskussionen im Exekutivausschuss sollten sich in erster Linie mit den politischen Prioritäten befassen; die Aufgabe der Ausarbeitung von Entschlüssen und Standpunkten zu bestimmten Themen, denen der Exekutivausschuss nach gut vorbereiteten Diskussionen zustimmen muss, sollte den ständigen Ausschüssen und Arbeitsgruppen überlassen werden. Die Gewerkschaftsführungen werden eine Motivation zur Teilnahme an

Tagungen darin sehen, wenn der erste Tag den Diskussionen über wichtige politische Entscheidungen vorbehalten ist.

b) Diese Option beinhaltet offensichtlich eine stärkere Verpflichtung der Mitglieder, ihre Vertretung in den EGB-Ausschüssen und Arbeitsgruppen sicherzustellen und zu beauftragen. Protokolle der Diskussionen und Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppen müssen vorgelegt werden. Die Verteilung der Themen und der Aufgabenbereiche der Ausschüsse und Arbeitsgruppen muss in Anwendung der vom Kongress festgesetzten Prioritäten überprüft werden.

c) Die Arbeit des Lenkungsausschusses ist aufzuwerten, indem der Ausschuss sich verstärkt mit neuen politischen Themen und internen Fragestellungen befasst und auf diese Weise die Tagungen des Exekutivausschusses gründlich vorbereitet und die Gewerkschaftsführungen an offenen Diskussionen über besonders wichtige und kritische Themen beteiligt. Der Lenkungsausschuss sollte ebenfalls einberufen werden, wenn außerordentliche/dringende Themen zwischen den geplanten Tagungen des Exekutivausschusses anstehen.

d) Es können GastreferentInnen zu Sitzungen von EGB-Gremien und besonders zu den Sitzungen des Lenkungsausschusses und der ständigen Ausschüsse und Arbeitsgruppen eingeladen werden. Spezielle Seminare und Kurse der Gewerkschaften können angeboten werden, um wichtige Themen frei und ausführlich zu erörtern.

Geschlechtergleichstellung und Gender Mainstreaming sowie eine adäquate Vertretung von Frauen und jungen Leuten müssen innerhalb des EGB gefördert werden. Die hierzu erforderlichen Mechanismen müssen vom Frauen- und vom Jugendausschuss vorgeschlagen werden. Tarifverhandlungen, interne Fortbildung und gewerkschaftliche Organisation sind wichtige zu berücksichtigende Bereiche, um Probleme wie Diskriminierung und unzureichende Vertretung von Frauen und Jugendlichen im Arbeitsmarkt und innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu thematisieren.

Wir sollten ebenfalls über eine neue Gewichtung unserer geographischen Vertretung nachdenken. Besonders die Stimmrechte und Abstimmverfahren im Exekutivausschuss haben sich als nicht effektiv herausgestellt und bilden die Mitgliederstärke nicht hinreichend ab. Hier sollte eine Neuordnung in Anwendung der von der EGÖD-Satzung vorgeschriebenen Regelungen im Hinblick auf die Vertretung auf dem Kongress und die derzeit geltenden Beitragskategorien erfolgen. Dies sollte mit einer möglichen Überarbeitung der EGB-Satzung und/oder der Annahme einer internen Regelung für die Durchsetzung verbunden werden.

Der EGB muss seine Mittel und Netzwerke in vollem Umfang nutzen; dazu gehört auch der zusätzliche Nutzen des ETUI, das seinen autonomen Beitrag zu Politik und Prioritäten der Gewerkschaften leistet. Der EGB fördert mit Unterstützung des ETUI nationale und europäische Ausbildungsangebote besonders über Europa und europäische Themen, damit einer nachfolgenden Generation eine gemeinsame Leitidee von der europäischen Gewerkschaftsbewegung vermittelt wird. Darüber hinaus sind spezielle Seminare durchzuführen, um Kenntnisse über Systeme und Kontexte in anderen Ländern zu vertiefen und den Austausch von bewährten Praktiken zu fördern.